

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
 Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen
 in der Bundesrepublik Deutschland

Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, Jg. 36, 28. Oktober 2010

Jeder Sechste im Schichtdienst

In der Woche bis 22 Uhr shoppen: Zumindest in Ballungszentren ist das inzwischen Standard. Immer mehr Städte nutzen darüber hinaus die Möglichkeit verkaufsoffener Sonntage – entsprechend viele Verkäufer tun auch am Tag des Herrn Dienst. In der Industrie und im Verkehrswesen ruht die Arbeit am Wochenende ohnehin nicht: Daher arbeitete hierzulande 2009 insgesamt knapp jeder siebte Beschäftigte regelmäßig sonntags. In einigen EU-Ländern ist der Dienst am siebten Tag der Woche aber weiter verbreitet, vor allem in den Niederlanden, in der Slowakei und

in Österreich. Auch beim Schichtdienst ist Deutschland weit von der europäischen Spitze entfernt – mal früh, mal spät gehen hier knapp 16 Prozent aller Beschäftigten ihrem Job nach. Fast doppelt so viele sind es in Polen, der Slowakei und Tschechien. Am seltensten haben die Dänen wechselnde Arbeitszeiten. Wer in Deutschland sonntags oder nachts ranmuss, erhält meist großzügige Zuschläge: Beschäftigte im Einzelhandel etwa erhalten einen Aufschlag von maximal 120 Prozent auf ihren Lohn; in der Industrie sind Extras von bis zu 150 Prozent drin.

In dieser Woche

Fachkräfte: Nach dem Ende der Wirtschaftskrise suchen die Unternehmen neue Mitarbeiter. Vier von zehn Firmen haben aber Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. Zudem blieben im vergangenen Jahr rund 75.000 Ausbildungsstellen unbesetzt. Seite 2

Gas- und Kohlekraftwerke: Die deutsche Energiewirtschaft muss in den kommenden Jahren Milliardenbeträge in den Bau neuer Kraftwerke für fossile Brennstoffe investieren. Hiervon könnte auch die Bau- und Baustoffindustrie erheblich profitieren. Seite 3

Gewerbsteuer: Um den Kommunen anders als bisher einen stetigen Einnahmenezufluss zu ermöglichen und die Betriebe trotzdem in Krisenzeiten nicht mit zusätzlichen Steuern zu belasten, schlägt das IW Köln eine aufkommensneutrale Reform der Gewerbesteuer vor, die beiden Seiten gerecht wird. Seite 4-5

Integration: In der Zuwanderungsdebatte wird oft übersehen, dass ausländische Gründer in Deutschland viele Jobs schaffen. Über zwei Millionen Menschen arbeiten mittlerweile in Unternehmen, die von Migranten geführt werden. Seite 6

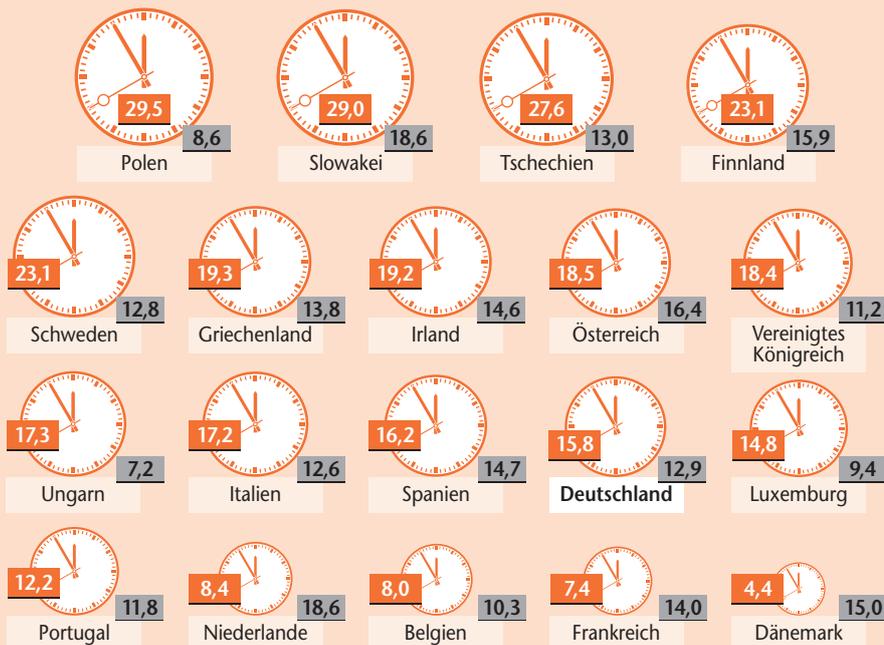
Deutscher Wein: Deutschland exportiert von Jahr zu Jahr mehr Rebsaft. Das liegt allerdings nicht daran, dass die Anbaugebiete wachsen – vielmehr mausert sich die Bundesrepublik zu einem internationalen Umschlagplatz vor allem für Rotwein. Seite 7

Unterhaltungselektronik: Überwiegend ausländische Produzenten versorgen den hiesigen Markt mit Unterhaltungselektronik. Doch einige Hersteller von Hightech-Geräten haben ihren Standort nach wie vor in Deutschland und erzielten 2009 insgesamt 3,7 Milliarden Euro Umsatz. Seite 8

Schicht- und Sonntagsarbeit: Deutschland im Mittelfeld

So viel Prozent der Beschäftigten arbeiteten im Jahr 2009 regelmäßig ...

■ ... im Schichtdienst ■ ... am Sonntag



Quelle: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Fachkräfte

Steigender Bedarf

Die Wirtschaft kommt aus der Krise, die Unternehmen suchen neue Mitarbeiter. Vier von zehn Firmen haben aber Probleme, qualifiziertes Personal zu finden. Auch beim Fachkräftenachwuchs wird es eng: Im vergangenen Jahr blieben rund 75.000 Ausbildungsstellen unbesetzt.

Die schnelle Erholung von der Wirtschaftskrise wirkt sich belebend auf den Arbeitsmarkt aus. Die Unternehmen haben ihre Belegschaften auch mithilfe von Kurzarbeit und unter großen finanziellen Belastungen so weit als möglich an Bord gehalten.

Nach der Krise wollen viele Firmen ihr Personal nun sogar aufstocken. Für so manchen Beruf ist der Arbeitsmarkt jedoch wie leergefegt.

Auskunft darüber, wie die Firmen ihren Fachkräftenachwuchs für die Zukunft sichern wollen, gibt der im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums neu entwickelte Qualifizierungsmonitor. Dafür haben das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) und die Institut der

deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH im August und September 2010 knapp 1.800 Unternehmen zur Ausbildungs- und Qualifizierungssituation sowie zum Fachkräftebedarf befragt.

Demnach wird der Personalbedarf der Unternehmen wieder deutlich zunehmen. Besonders Mitarbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung sind gefragt – gut jedes dritte Unternehmen will so die Belegschaft aufstocken (Grafik). Jeweils gut ein Viertel der Firmen will verstärkt Meister, Techniker sowie Akademiker einstellen. Nur ein kleiner Teil der Firmen benötigt künftig weniger Mitarbeiter als heute.

Anders sieht es bei den An- und Ungelernten aus. Hier rechnen deutlich mehr Unternehmen mit einem sinkenden als mit einem steigenden Personalbedarf. Für Geringqualifizierte werden die Zeiten also noch härter, als sie es ohnehin schon sind. Bereits heute liegt ihre Arbeitslosenquote mehr als doppelt so hoch wie die der gelernten Fachkräfte – schließlich beschäftigen rund 63 Prozent

der Unternehmen keine An- und Ungelernten mehr. Zudem erwartet über die Hälfte der Firmen, dass sie solches Personal auch künftig kaum benötigt.

Selbst ausbilden, um den Eigenbedarf an Fachkräften decken zu können, ist für die Firmen eine wichtige Strategie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels. Daher ist die Übernahmequote für erfolgreiche Absolventen einer betrieblichen Ausbildung sehr hoch:

Die Unternehmen haben 2010 zwei von drei Ausbildungsabsolventen übernommen.

Es ist aber selbst auf dem Lehrstellenmarkt schwierig, passende Kandidaten zu finden. Deutlich mehr als die Hälfte der ausbildungsaktiven Unternehmen hat auch in diesem Jahr große Schwierigkeiten, Auszubildende zu finden, denn demografisch bedingt gibt es weniger Schulabgänger.

Allein zwischen 2007 und 2009 schrumpfte die Zahl der gemeldeten Bewerber am Ausbildungsmarkt um mehr als 27 Prozent oder gut 200.000 Jugendliche.

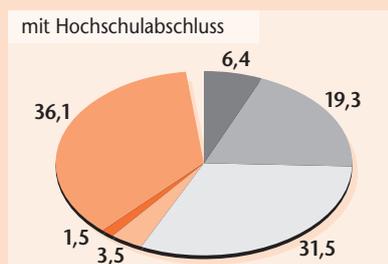
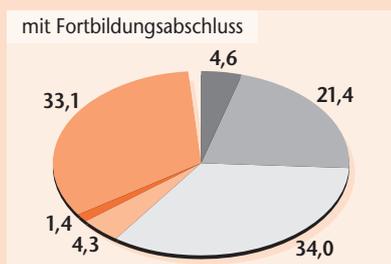
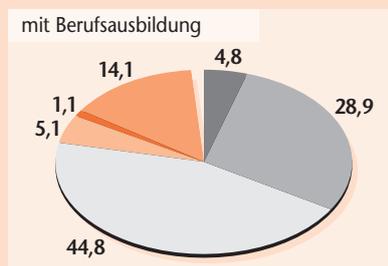
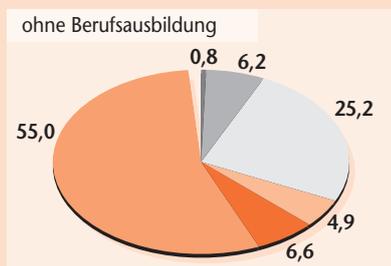
Für 2011 planen 21 Prozent der Unternehmen, ihr Ausbildungsangebot im Vergleich zu 2009 auszuweiten. Von einem konstanten Angebot gehen 69 Prozent aus. Lediglich jedes zehnte Unternehmen erwartet einen Rückgang. Drei von vier Unternehmen sind sogar bereit, Abstriche bei der gewünschten Qualifikation der Auszubildenden zu machen.

Der nächste Ausbildungsakt will sich noch stärker um jene Jugendlichen kümmern, die bislang keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die Chancen dafür stehen gut, denn bereits heute beschäftigen die ausbildungsaktiven Unternehmen viele Jugendliche mit besonderem Förderbedarf: 29 Prozent der Betriebe bilden junge Migranten aus, 24 Prozent Altbewerber, 13 Prozent Jugendliche mit Lernbeeinträchtigung und 5 Prozent solche ohne Schulabschluss. Knapp zwei Drittel der Unternehmen bieten den Auszubildenden zudem Nachhilfe und Stützunterricht an.

Fachkräfte: Unternehmen suchen weiter

So viel Prozent der Unternehmen sagen, ihr Bedarf an Mitarbeitern mit dieser Qualifikation werde in den kommenden drei Jahren ...

■ ... stark steigen
 ■ ... etwas steigen
 ■ ... gleich bleiben
 ■ ... etwas abnehmen
 ■ ... stark abnehmen
 ■ ... nicht relevant sein



Rest zu 100: keine Antwort; Befragung von 1.800 Unternehmen im August und September 2010
Quelle: IW-Qualifizierungsmonitor

Gas- und Kohlekraftwerke Die Unabkömmlichen

Die deutsche Energiewirtschaft hat erheblichen Investitionsbedarf – es gilt, die Infrastruktur auszubauen und die erneuerbaren Energien weiterzuentwickeln. Außerdem steht der Neubau von Gas- und Kohlekraftwerken an. Von diesen milliardenschweren Investitionen könnte auch die deutsche Bau- und Baustoffindustrie erheblich profitieren.

Die Bundesregierung hat kürzlich ein neues Energiekonzept für Deutschland vorgelegt. Danach soll vor allem der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung deutlich steigen. Trotzdem besteht aber weiter Bedarf an fossilen Kraftwerken. Schließlich muss der Strom auch fließen, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint. Die Modernisierung oder der Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken ist nicht zuletzt auch deshalb notwendig, weil immer mehr bestehende Kraftwerke das Ende ihrer Lebensdauer erreichen.

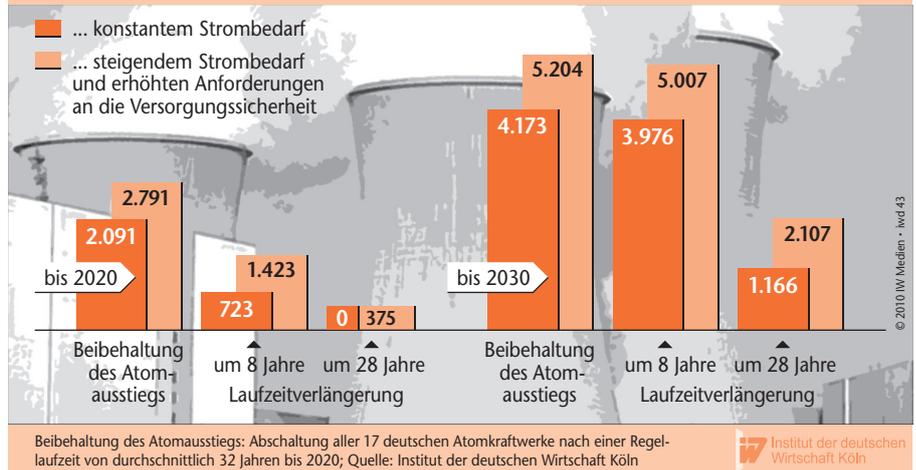
Wie groß der exakte Bedarf an neuen Gas- und Kohlekraftwerken tatsächlich ist, hängt von vielen Faktoren ab. So spielt die Entwicklung der Stromnachfrage eine wichtige Rolle. Relevant ist aber auch die Frage, aus welchen Quellen der Strom künftig fließen soll. Bleibt es beim Atomausstieg, der die Abschaltung aller 17 deutschen Atomkraftwerke schon bis 2020 vorsieht, stellt sich der Investitionsbedarf für fossile Kraftwerke folgendermaßen dar:

Bei einer konstanten Stromnachfrage werden bereits ab 2016 neue Gas- und Kohlekraftwerke als Ersatz für alte Anlagen benötigt. Um den Strombedarf im Jahr 2020 zu decken, wären 15 neue Kohlekraftwerke erforderlich. Bis 2030 müssten sogar 30 neue Kohlekraftwerke in Betrieb sein, damit der Strom jederzeit für alle reicht.

Doch so viele fossile Kraftwerke sind derzeit nicht einmal in der Planung. Die gegenwärtigen Bauvorhaben von Gas- und Kohlekraftwerken können den Bedarf bis 2020 nur dann decken, wenn die Stromnachfrage in Deutschland deutlich

Kraftwerksbau: Milliardenaufträge winken

Mit so vielen Millionen Euro Zusatzaufträgen könnte die Bau- und Baustoffwirtschaft rechnen, wenn die notwendigen Investitionen in Gas- und Kohlekraftwerke getätigt würden bei ...



sinkt oder wenn es sowohl zu einer Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken als auch zu einem Rückgang des Stromverbrauchs kommt.

Die notwendigen Kraftwerkskapazitäten dauerhaft bereitzustellen, ist jedoch nicht nur ein langwieriges, sondern auch sehr teures Unterfangen:

Werden allein die notwendigen fossilen Kraftwerke gebaut, die bei einem konstanten Strombedarf bis 2030 erforderlich sind, kommt man auf ein Investitionsvolumen von 34,7 Milliarden Euro.

Bei einem steigenden Bedarf und bei höheren Anforderungen an die Versorgungssicherheit erhöht sich der zu investierende Betrag bis zum Jahr 2030 sogar auf 43,2 Milliarden Euro.

Beim Bau eines neuen Gas- oder Kohlekraftwerks fließt der größte Teil der Investitionen in die Technik: Apparate, Maschinen, Elektronik und Leittechnik verschlingen rund drei Viertel der gesamten Bausumme. Für Baumaterialien und Bauleistungen werden in der Regel zwischen 10 und 20 Prozent der Investitionssumme angesetzt.

Der Bau- und Baustoffwirtschaft winken somit Milliardenaufträge (Grafik):

Bei konstanter Stromnachfrage kann die Bauindustrie bis 2030 mit Aufträgen bis zu 4,2 Milliarden Euro

rechnen. Steigt der Strombedarf, könnte die Branche sogar ein Ordervolumen von bis zu 5,2 Milliarden Euro erwarten.

Bis zum Jahr 2020 sind die Zahlen entsprechend niedriger. So sind für die Bau- und Baustoffindustrie Aufträge im Wert von 2,1 Milliarden Euro drin, wenn die Politik am Atomausstieg festhält und der Strombedarf konstant bleibt. Steigt der Energieverbrauch, könnten Bestellungen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro realisiert werden. Allerdings sind in dieser Rechnung bereits die im Bau befindlichen Gas- und Kohlekraftwerke enthalten. Ein Teil dieser Bauleistungen ist also bereits erbracht.

Eine Alternative zum Neubau von fossilen Kraftwerken ist die Modernisierung der bereits bestehenden Anlagen. Angesichts der erheblichen Widerstände beim Errichten neuer Gas- und Kohlekraftwerke in Deutschland liegt dieser Schritt nahe, schließlich ist schon so manches geplante Kraftwerk aufgrund der Proteste vor Ort nicht verwirklicht worden.

Technisch stellt die Modernisierung von Altanlagen auch kein Problem dar – doch die ökonomische Effizienz und die Klimafreundlichkeit moderner Gas- und Kohlekraftwerke kann damit nicht erreicht werden.

Gewerbesteuer

Eine Reform ist möglich

Die Gemeinden klagen in jeder Wirtschaftskrise, dass ihnen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer wegbrechen. Sie wollen deshalb nicht nur die Gewinne der Unternehmen besteuern, sondern auch Kosten wie z. B. gezahlte Zinsen. Um die Betriebe in Krisenzeiten nicht mit zusätzlichen Steuern zu belasten und den Kommunen trotzdem einen stetigen Einnahmenezfluss zu ermöglichen, schlägt das IW Köln ein Reformmodell vor, das beiden Seiten gerecht wird.

Auch wenn Städte und Gemeinden stets nach mehr Geld rufen: Systematisch unterfinanziert sind sie nicht. Seit der Wiedervereinigung haben die deutschen Kommunen – in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – einen Überschuss von 6,6 Milliarden Euro erwirtschaftet. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum machte der Staat insgesamt ein Defizit von fast einer Billion Euro.

Trotzdem haben die Kommunen ein Problem. Ihre Steuereinnahmen sprudeln, wenn die Wirtschaft brummt. Wenn der Konjunkturmotor allerdings stottert, gehen die Einnahmen rapide zurück – nicht aber die Ausgaben. Um das Problem der sogenannten volatilen Einnah-

men zu lösen, gibt es prinzipiell zwei Möglichkeiten:

IW-Vorschlag. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schlägt vor, die kommunalen Steuereinnahmen aufkommensneutral umzustricken. Die Gewerbesteuer wird abgeschafft und durch die Einkommenssteuer der Personennunternehmen und einen Zuschlag zur Körperschaftsteuer ersetzt (Kasten Seite 5). Die Firmen werden durch die Abschaffung der Gewerbesteuer weder entlastet noch verabschieden sie sich aus der Finanzierung kommunaler Aufgaben.

Damit ist das Problem der Unstetigkeit aber noch nicht gelöst. Hier sind Bund und Länder mit ins Boot zu nehmen. Er muss den Gemeinden einen höheren Um-

satzsteueranteil einräumen – 29,1 Milliarden statt bisher 3,7 Milliarden Euro.

Damit bekommen die Kommunen einen bedeutenderen Anteil an einer Steuer, die sich in der Vergangenheit am besten entwickelte. Dies gilt sowohl für das Aufkommenswachstum als auch für dessen Stetigkeit. So sind die Umsatzsteuereinnahmen trotz Wirtschaftskrise von 2008 bis 2009 um 1 Milliarde Euro gestiegen, das Aufkommen der veranlagten Einkommenssteuer ist hingegen um 6 Milliarden Euro gesunken – und das der Gewerbesteuer sogar um fast 9 Milliarden Euro.

Damit alle Städte und Gemeinden gleichermaßen von der Umsatzsteuer profitieren, wird sie nach der Einwohnerzahl verteilt.

Bund und Länder müssen aufgrund des Umsatzsteuerdeals auf 25,4 Milliarden Euro verzichten, zusätzlich zu den bisherigen 3,7 Milliarden Euro. Entschädigt werden beide, indem sie von ihren Einkommenssteuereinnahmen nichts mehr an die Kommunen abtreten.

Vorschlag der Gemeinden. Sie beharren nicht nur auf der Gewerbesteuer.

200 Jahre Gewerbesteuer

1810 Einführung einer Gewerbesteuer per Edikt (Kaiserliches Gesetz) in Preußen: Gewerbesteuer wurde danach als Gewerbeerlaubnissteuer für sechs Berufsklassen erhoben.

1820 Erste Gewerbesteuerreform: Sicherung und Erhöhung des Steueraufkommens durch Einführung eines sogenannten Repartitionsprinzips. Das heißt: Die Aufteilung der zu zahlenden Gesamtsteuersumme erfolgte über Steuergesellschaften, die die Gesamtsteuerschuld auf die Steuerzahler umlegten. Anknüpfungspunkte für die individuelle Steuerschuld bildeten dabei u. a. die Gewerbearten und die Ortsgröße.

1891 Allgemeine Gewerbebesteuerung in Preußen anhand der folgenden Bemessungsgrundlagen: Gewerbeertrag, Gewerbekapital und Zahl der Beschäftigten.

1920 Ertragshoheit über die Gewerbesteuer geht an die Länder über: Die Gemeinden sind nur zur Erhebung einer Zuschlagssteuer zur Gewerbesteuer berechtigt.

1936 Verabschiedung eines Rahmengesetzes zur reichseinheitlichen Regelung der Gewerbebesteuerung nach preußischem Muster: Dreigliedriges System mit „fakultativer“ Lohnsummensteuer – den Gemeinden ist freigestellt, ob sie diese Steuer erheben. Progressiver Stufentarif bei der Gewerbeertragssteuer mit Freigrenzen und Freibetrag. Steuermesszahl – mit diesem Faktor wird der der Besteuerung zugrunde liegende Wert multipliziert – bei der Gewerbekapitalsteuer und Lohnsumme in Höhe von zwei vom Tausend. Ertragshoheit liegt grundsätzlich bei den Gemeinden.

1949 Nach dem Zweiten Weltkrieg keine prinzipielle Änderung: Der Bund zieht die Gesetzgebung über die Gewerbesteuer an sich.

1969 Weitreichende Finanzreform durch eine Novellierung des Grundgesetzes: Bund und Länder werden durch eine Umlage an dem Aufkommen der Gewerbesteuer beteiligt. Im Gegenzug werden die Kommu-

nen erstmals an der Einkommenssteuer beteiligt.

1998 Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer: Kompensation der kommunalen Einnahmeherausfälle durch eine Beteiligung der Kommunen am Umsatzsteueraufkommen in Höhe von 2,2 Prozent.

2000 Einführung der pauschalierten Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuerschuld: Dient der Vermeidung einer Mehrbelastung von betrieblichen Investitionen gegenüber Finanzinvestitionen.

2008 Unternehmenssteuerreform: 25-prozentige Hinzurechnung von Zinsen sowie des Finanzierungsanteils von Mieten, Pachten und Leasingraten auf die Bemessungsgrundlage.

2009 Wachstumsbeschleunigungsgesetz: Reduzierung des gewerbesteuerlichen Hinzurechnungssatzes bei Miet- und Pachtzinsen sowie bei unbeweglichen Wirtschaftsgütern. Einsetzung einer Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen.

Vielmehr möchten sie diese ausweiten. Dabei sollen – um die Einnahmen zu verstetigen – bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewerbeertrags dem Gewinn vermehrt ertragsunabhängige Elemente hinzugerechnet werden. Etwa Zinsen, die die Firmen für Kredite zahlen

müssen. Auf diese Weise zahlen Unternehmen selbst in Verlustjahren Steuern – aus der Substanz. So mancher Betrieb könnte das nicht überleben.

Ohnehin ist die Gewerbesteuer ein Anachronismus – alle Industriestaaten haben sie abgeschafft. In Doppelbesteuerungsabkommen mit dem Ausland wird sie auch deshalb oft nicht anerkannt, z. B. in den USA. Eine ausländische Firma muss so in Deutschland auf ihren Gewinn Steuern entrichten – und zu Hause noch einmal. Das macht den Standort D unattraktiv.

Gewerbesteuer – der IW-Vorschlag

Die Gewerbesteuer wird abgeschafft und aufkommensneutral durch andere Steuern ersetzt:

1. Was sich bei den Unternehmen ändert.

– Für Aktiengesellschaften, GmbHs und Co. steigt der Körperschaftsteuersatz von 15 auf 17,1 Prozent. Darauf erheben die Gemeinden einen durchschnittlichen Zuschlag von 62 Prozent. Außerdem sind auf die 17,1 Prozent noch 5,5 Prozent Solidaritätszuschlag zu zahlen. Der Gesamtzuschlag beträgt also 67,5 Prozent. Dies ergibt eine steuerliche Gesamtbelastung des einbehaltenen Gewinns von 28,6 Prozent (Grafik).

– Für Personenunternehmen erhöht sich, wenn die Gewerbesteuer wegfällt, automatisch die Einkommenssteuer. Denn bisher wird die gezahlte Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuerschuld angerechnet, sprich: von ihr abgezogen.

2. Was sich beim Staat ändert.

– Körperschaftsteuer: Die Kommunen dürfen künftig einen individuellen Zuschlag auf die Körperschaftsteuer erheben und behalten. Das wären bei einem Durchschnitt von 62 Prozent 2012 gut 21 Milliarden Euro (Grafik). Die Gemeinden können den Zuschlag variieren. Die Körperschaftsteuer selbst geht wie bisher an Bund und Länder.

Die Kommunen erhalten bisher nicht die gesamte von Kapitalgesellschaften gezahlte Gewerbesteuer, sondern müssen einen Teil als Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen. Wenn also die Gewerbesteuer entfällt, haben auch Bund und Länder Ausfälle zu verkraften. Um dies bei einer Neuregelung zu berücksichtigen, wird die Körperschaftsteuer erhöht. Dieses Geld geht an Bund und Länder.

– Einkommenssteuer: Weil die Personenunternehmen ihre Gewerbesteuer bei der Einkommenssteuer nicht mehr anrechnen können, nimmt der Fiskus künftig 14,1 Milliarden Euro zusätzlich ein. Davon gehen 1,2 Milliarden Euro an Bund und Länder als Ausgleich für die gekippte Gewerbesteuerumlage und 12,9 Milliarden Euro an die Kommunen.

Es gibt aber auch Fälle, in denen Firmen die Gewerbesteuer nicht ganz auf die Einkommenssteuer anrechnen können, z. B. wenn sie mehr Gewerbesteuer zahlen als Einkommenssteuer. Dies führt bei Abschaffung der Gewerbesteuer künftig bei Bund und Ländern zu Steuerausfällen in Höhe von 0,7 Milliarden Euro, denn die Gemeinden sollen aufkommensneutral abschneiden.

Gewerbesteuerreform: Was Kapitalgesellschaften zahlen

Belastung von Kapitalgesellschaften bei einbehaltenen Gewinnen durch die vom IW Köln vorgeschlagene Gewerbesteuerreform in Prozent

Körperschaftsteuersatz	17,1
Kommunalzuschlag auf den Körperschaftsteuersatz	62,0
Körperschaftsteuergesamtbelastung	27,7
Solidaritätszuschlag auf den Körperschaftsteuersatz	0,9
Tarifliche Gesamtbelastung nach der Reform	28,6
Tarifliche Gesamtbelastung vor der Reform im Jahr 2010	30,9

Tarifliche Gesamtbelastung vor der Reform bei einem durchschnittlichen Hebesatz von 432 Prozent in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 43

Gewerbesteuerreform: Für Kommunen aufkommensneutral

Aufkommenswirkung der IW-Reform, Veränderung gegenüber dem Zustand ohne Reform in Milliarden Euro

Aufkommenswirkung für die Kommunen	2012		2013	
	2012	2013	2012	2013
Einkommenssteuer der Personenunternehmen	12,9	13,3		
Körperschaftsteuerzuschlag	21,3	22,0		
Umsatzsteueranteil neu	29,1	30,8		
Saldo	0,0	0,0		
Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinden	-34,2	-35,3		
Einkommenssteueranteil alt	-25,4	-27,0		
Umsatzsteueranteil alt	-3,7	-3,8		

Aufkommenswirkung für Bund und Länder	2012		2013	
	2012	2013	2012	2013
Solidaritätszuschlag	1,0	1,1		
Körperschaftsteuer	4,2	4,3		
Einkommenssteuer	26,6	28,1		
Saldo	-0,7	-0,8		
Umsatzsteuer	-25,4	-27,0		
Gewerbesteuerumlage	-7,0	-7,2		

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2010 IW Medien · iwd 43

Integration

Jannis und Janusz schaffen Jobs

Quer durch die deutsche Parteienlandschaft erhitzt das Thema Integration die Gemüter. Ein wichtiger Aspekt wird bei der Diskussion bislang allerdings kaum beachtet: Ausländische Gründer schaffen in Deutschland viele Jobs – über zwei Millionen Menschen arbeiten mittlerweile in Unternehmen von Migranten.

Nach offizieller Lesart haben all jene einen Migrationshintergrund, die selbst in ein Land eingewandert sind oder deren Eltern oder Großeltern. Von den 38,7 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland zählen zu diesen Gruppen 6,6 Millionen – das sind 17 Prozent.

Oft stellen sie sich im neuen Heimatland beruflich auf eigene Füße – in vielen OECD-Staaten weisen Menschen mit Migrationshintergrund eine höhere Selbstständigquote auf als Inländer: Im Schnitt führen 13 Prozent der erwerbsfähigen Zuwanderer ein eigenes Unternehmen, wohingegen die heimische Bevölkerung nur zu 12 Prozent selbstständig arbeitet.

In Deutschland liegen beide Quoten unter diesen Mittelwerten – und doch sind 9 Prozent der Migranten selbstständig. Dieser Anteil ist seit dem Jahr 2000 zudem um gut 1 Prozentpunkt angestiegen. Die meisten zugewanderten Unternehmer kommen aus anderen EU-Ländern (Grafik):

Von den europäischen Migranten arbeiten die Griechen in Deutschland prozentual am häufigsten auf eigene Rechnung. Polen und Italiener gründen ebenfalls häufiger eine eigene Firma als Deutsche.

Die Zuwanderer aus Nordamerika haben mit einer Quote von 17,6 Prozent relativ gesehen besonders oft den Mut, beruflich auf eigenen Beinen zu stehen. In absoluten Zahlen sind hingegen besonders viele Menschen polnischer und türkischer Herkunft

in Deutschland ihr eigener Chef – jeweils mehr als 80.000.

Im OECD-Durchschnitt beschäftigen Unternehmen, die von Zuwanderern gegründet wurden, 2,4 Prozent aller Erwerbstätigen. Nach Angaben der Bundesintegrationsbeauftragten Maria Böhmer liegt dieser Anteil in Deutschland höher. Demnach haben mehr als 5 Prozent der Erwerbstätigen einen Chef mit Migrationshintergrund. Insgesamt zählen die entsprechenden Firmen mehr als zwei Millionen Mitarbeiter. Laut einer DIHK-Umfrage wurden 2010 bislang rund 150.000 Arbeitsplätze durch die unternehmerische Tätigkeit von Zuwanderern neu geschaffen – das waren immerhin 17 Prozent aller neuen Jobs.

Vor allem im Handel und in der Gastronomie sind die Migranten aktiv – 24 bzw. 22 Prozent ihrer Unterneh-

men zählen zu diesen Branchen. Selbstständige Deutsche suchen dort nur zu 21 respektive 15 Prozent ihr Glück.

Deutlich unterrepräsentiert sind Migranten in den übrigen Dienstleistungssparten wie etwa im IT-Bereich – hier kommen sie nur auf 23 Prozent, während 41 Prozent der deutschen Selbstständigen in diesem Bereich arbeiten.

Unabhängig davon haben Migrantenfirmen hierzulande ein großes Problem: Laut OECD überleben 5,4 Prozent der Firmen das erste Jahr nicht. Bei deutschen Gründern sind es hingegen nur 2 Prozent.

Dafür gibt es verschiedene Ursachen. Eine wichtige ist, dass ausländische Berufsausbildungsqualifikationen und -abschlüsse oft nicht anerkannt werden und Migranten deshalb nicht wie geplant arbeiten dürfen oder auf eine wichtige Referenz verzichten müssen (vgl. iwd 42/2010). Außerdem

nehmen Migranten die Angebote der Existenzgründungsberatung häufig nicht in Anspruch und vergeben so wichtige Chancen.

Entsprechend ist die Politik gefragt, Migranten eine Unternehmensgründung zu erleichtern. Die Bundesregierung muss Anreize schaffen, damit Zuwanderer die Fördermöglichkeiten ausschöpfen.

Generell – das belegt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln – ist es für die weitere Entwicklung Deutschlands essenziell, den Bildungsstand der in Deutschland lebenden Migranten und ihren Anteil an den Beschäftigten nachhaltig zu erhöhen: Würde es gelingen, die aktuell messbaren Unterschiede zu den Nicht-Zugewanderten zu halbieren, betrüge die sogenannte Integrationsrendite 12 Prozent – so hoch würde sich die staatliche Investition in die Migrantenförderung „verzinsen“, weil die Wirtschaft stärker wächst und damit beispielsweise die Steuereinnahmen steigen (vgl. iwd 20/2010).

Migranten: Amerikaner besonders oft selbstständig

So viel Prozent der Erwerbspersonen mit einer früheren oder aktuellen Staatsangehörigkeit dieses Landes bzw. dieser Region waren 2009 in Deutschland selbstständig tätig

		Selbstständige in 1.000
Personen ohne Migrationshintergrund	10,4	3.538
Personen mit Migrationshintergrund insgesamt	8,7	655
Nordamerika	17,6	16
Europa	8,8	483
– Griechenland	13,5	28
– Polen	11,2	87
– Italien	10,6	46
– Rumänien	7,2	18
– Türkei	6,8	82
– Sonstiges Europa	6,2	181
– Russland	4,4	27
Asien, Australien und Ozeanien	8,8	99
Afrika	5,3	12
Ohne Angabe bzw. unzutreffend	6,5	34

Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutscher Wein

Viele Liebhaber im Ausland

Deutschland importiert nicht nur weltweit die meisten Weine, sondern exportiert auch von Jahr zu Jahr mehr Rebensaft. Das liegt allerdings nicht daran, dass die Anbaugelände wachsen – vielmehr mausert sich die Bundesrepublik zu einem international bedeutenden Umschlagplatz für Chianti, Chardonnay und Co.

Pils, Hefeweizen, Kölsch und Alt: Deutschland gilt als Biernation. Doch der Bierkonsum sinkt – seit Mitte der 1970er Jahre um etwa 2 Prozent pro Jahr. Gestiegen ist dagegen die Lust auf Wein: 2009 rannen rund 20 Liter Rebensaft durch die deutsche Durchschnittskehle, vor 50 Jahren war es nur halb so viel.

Doch so viel Wein, wie in Deutschland getrunken wird, können die insgesamt 13 Anbaugelände hierzulande gar nicht produzieren. Hinzu kommt, dass Deutschland ein klassisches Weißweinland ist – 65 Prozent der deutschen Rebsorten sind weiß und werden zu Riesling, Müller-Thurgau oder Gewürztraminer vergoren. Rotwein ist somit naturgegeben knapp. Um die Nachfrage zu stillen, wird deshalb kräftig im Ausland geordert:

Im vergangenen Jahr passierten rund 1,5 Milliarden Liter Wein die deutsche Grenze.

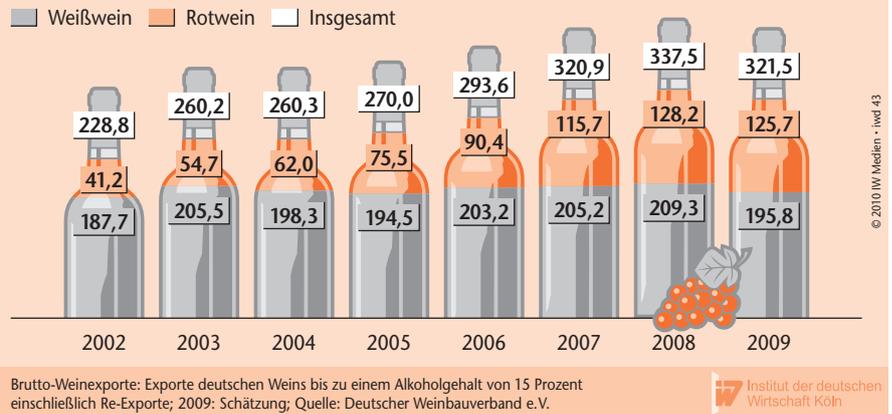
Mit diesem Volumen ist Deutschland der größte Weinimporteure weltweit. Gefragt sind vor allem italienische Tropfen, die auf der Beliebtheitskala sogar die heimischen Weine übertrumpfen. Doch auch Frankreich, Spanien sowie Chile und Südafrika sind beliebte Lieferländer.

Bioweine boomen

Wein, deren Trauben aus dem ökologischen Anbau stammen, findet in Deutschland immer mehr Liebhaber. Allein zwischen 2006 und 2008 wuchs die Biorebfläche um mehr als 60 Prozent. Mittlerweile werden etwa zwischen 5 und 6 Prozent der Weinanbaugelände in Deutschland biologisch bewirtschaftet; die Erträge reichen allerdings nicht aus, um die Nachfrage zu decken: Der Import von Bioweinen übersteigt die Exporte.

Weinexporte: Rote Reben stärker nachgefragt

Brutto-Weinexporte aus Deutschland in Millionen Litern



Andererseits geht aber auch ein großer Teil der deutschen Weinproduktion in den Export (Grafik):

Rund 320 Millionen Liter Wein führten die deutschen Winzer und Kellereien im Jahr 2009 aus. Damit landet die Bundesrepublik auf Platz sieben der größten Exportländer.

Besonders beliebt sind deutsche Rieslinge und Rivaner in den USA. In den Vereinigten Staaten erzielten die hiesigen Weinexporteure 22 Prozent ihres gesamten Umsatzes. Zweitgrößter Kunde ist Großbritannien, auf Platz drei folgen die Niederlande. Doch nicht nur die westlichen Länder ordern deutschen Wein – Tropfen aus der Pfalz oder dem Rheingau sind auch im viertgrößten Absatzmarkt Russland beliebt; sogar in China und Südkorea wird deutscher Wein kredenzt.

Dabei legen die Käufer unterschiedlich viel Wert auf Qualität. Während Großbritannien, die Niederlande und Russland mit 110 bis 160 Euro je Hektoliter (100 Liter) vergleichsweise günstige Weine in Deutschland ordern, die ihre Reise häufig über die hiesigen großen Lebensmittelketten antreten, lassen sich Amerikaner, Norweger und Chinesen ihre Bestellungen deutlich mehr kosten. Sie zahlen im Schnitt über 300 Euro für einen Hektoliter, noch mehr berappen Importeure in Singapur oder Hongkong, weil sich lange Transportwege für die fragile Fracht sowie die komplizierten

Zollbestimmungen nur bei hochpreisigen Produkten rechnen.

Auch in den Ausfuhren spiegeln sich die Farben der deutschen Reben wider: Zuletzt gingen 154 Millionen Liter deutscher Weißwein, aber nur 52 Millionen Liter deutscher Rotwein pro Jahr in den Export. Dass die Brutto-Weinausfuhren dennoch deutlich über diesen Mengenangaben liegen, hat eine noch relativ junge Ursache: den Re-Export. Hierbei wird Fasswein aus dem Ausland nach Deutschland importiert, wo er von den großen Kellereien in Flaschen abgefüllt und anschließend wieder grenzüberschreitend vermarktet wird. Dieser Wein ist nach wie vor ein französisches, italienisches oder neuseeländisches Produkt, doch beim Brutto-Export geht er als deutsches Erzeugnis in die deutsche Statistik ein.

Die Entwicklung der Wein-Re-Exporte verläuft rasant. Im Jahr 1993 entfielen gerade mal 3 Prozent der gesamten Ausfuhren aus Deutschland auf dieses Segment, mittlerweile sind 36 Prozent der exportierten Weine Re-Exporte. Damit ist Deutschland zur Drehscheibe im internationalen Weinhandel geworden.

Meist wird Rotwein ein- und dann wieder ausgeführt: Im Jahr 2009 stammten knapp 60 Prozent der Rotweine, die Deutschland exportierte, nicht aus heimischen Anbaugeländen. Bei den Weißweinen dagegen ist nur jede fünfte Flasche ein doppelter Grenzgänger.

Unterhaltungselektronik

Deutschland ist Hightech-Spezialist

Überwiegend ausländische Produzenten versorgen den heimischen Markt mit Unterhaltungselektronik. Doch einige Hersteller von Hightech-Geräten haben ihren Standort nach wie vor in Deutschland – und erzielten im Jahr 2009 insgesamt 3,7 Milliarden Euro Umsatz.

Die schwere Weltwirtschaftskrise hat den Absatz von Fernsehgeräten, Camcordern etc. im vergangenen Jahr rund um den Globus um etwa 2 Prozent einbrechen lassen.

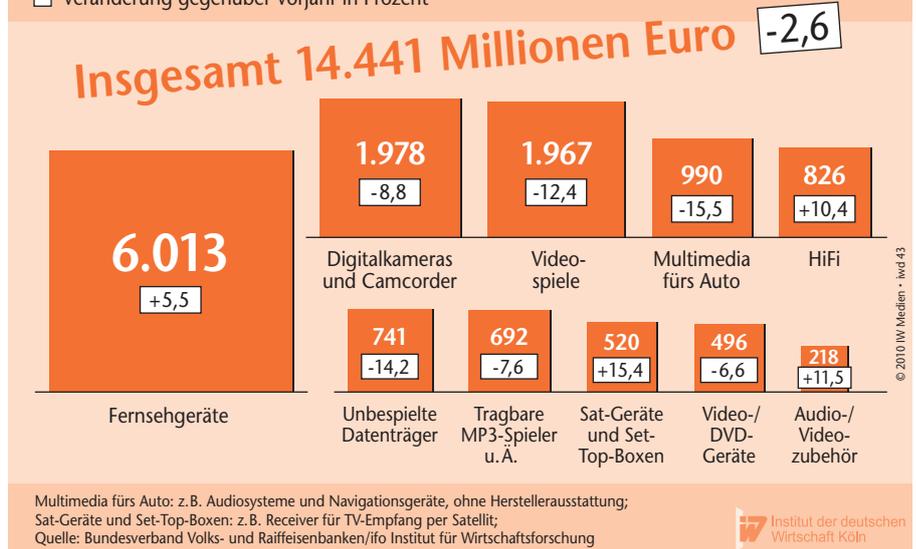
Die deutschen Hersteller dieser sogenannten Braunen Ware hatten unter dem Konjunkturtief besonders zu leiden – sie mussten im Jahr 2009 Umsatzeinbußen von 24 Prozent hinnehmen. Ein möglicher Grund: Heimische Firmen fertigen vor allem höherpreisige Produkte, die sich viele Kunden in der Krise nicht leisten konnten oder wollten.

Eine Alternative zu dieser Nischenstrategie haben die deutschen Produzenten von Unterhaltungselektronik kaum, denn Massenware wird nur noch in Südostasien profitabel hergestellt. Dort herrscht ein Wettbewerbs- und Kostendruck, dem sich die meisten Produzenten aus den Industrieländern schon vor zehn bis 20 Jahren beugen mussten.

Profitiert haben zunächst die japanischen, später dann die südkoreanischen und chinesischen Firmen. Allein zwi-

Unterhaltungselektronik: Leichte Krisenblessuren

■ Umsatz in Deutschland im Jahr 2009 in Millionen Euro
□ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



schen 2002 und 2008 stieg der Wert der aus dem Reich der Mitte nach Deutschland importierten Unterhaltungselektronik von knapp 1,7 Milliarden auf rund 5,4 Milliarden Euro.

Den größten Anteil am Markt für Braune Ware haben die Fernsehgeräte; im Jahr 2009 bescherten sie den Produzenten einen Umsatz von 6 Milliarden Euro (Grafik):

Der Absatz von TV-Geräten legte im vergangenen Jahr um satte 5,5 Prozent zu – eine Folge des Trends weg von den Röhrengeräten hin zu den Flachbildfernsehern mit Plasma-, LCD- oder neuerdings LED-Technologie.

Gerade bei der Herstellung von Bildschirmen aus organischen Leuchtdioden (OLED) besetzen deutsche Firmen, etwa Loewe und Metz, eine Marktnische. Stark gefragt sind die heimischen Unternehmen zudem, wenn es um Vorleistungen geht – so ist Merck der weltweit führende Lieferant von Flüssigkristallen für LCD-Bildschirme und Displays.

Auch in der Audiotechnik machen deutsche Produzenten gute Geschäfte. Drei Beispiele:

- Die Firma Sennheiser aus Wedemark bei Hannover fertigt seit mehr als 60 Jahren Kopfhörer; ihre Tochter Klein + Hummel stattet Profi-Tonstudios aus.
- Musikelectronic Geithain aus Sachsen beliefert sowohl die Betreiber von Tonregieräumen wie auch anspruchsvolle Privatkunden mit Lautsprechertechnik und behauptet sich damit seit einem halben Jahrhundert auf dem Markt.
- Der Berliner Hersteller Burmester hat sich mit Audiokomponenten wie CD-Playern im gehobenen Preisbereich einen Namen gemacht.

Aufgrund des unerwartet zügigen Aufschwungs geben die Verbraucher inzwischen wieder mehr Geld für hochwertige Unterhaltungsgeräte aus – sehr zur Freude der deutschen Anbieter. Ihr Umsatz ist in den ersten sieben Monaten dieses Jahres um 14 Prozent gestiegen.

Ein zusätzlicher Schub ging dabei sicher von der Fußballweltmeisterschaft aus: Denn solche sportlichen Großereignisse kurbeln den Absatz großformatiger – und damit teurer – Flachbildfernseher an.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Für Adressaufkleber